



Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung

30. Sitzung (öffentlich)

14. März 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 15:58 Uhr

16:15 Uhr bis 16:29 Uhr

Vorsitz: Ellen Stock (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung 5

Die Sitzung soll auf Antrag von Arndt Klocke (GRÜNE) im Anschluss an die Behandlung von Tagesordnungspunkt 5 für etwa 15 Minuten unterbrochen werden.

1 Viertes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7534

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
Stellungnahmen
18/1318, 18/1321, 18/1326,
18/1335, 18/1336, 18/1340,
18/1342, 18/1345, 18/1346

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der AfD und bei Enthaltung der Fraktion der SPD zu.

2 Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen wirksam bekämpfen: Neubau vorantreiben und Immobilienmarkt wiederbeleben 7

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/8110

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt auf Antrag von Carlo Clemens (AfD), eine schriftliche Sachverständigenanhörung durchzuführen.

3 Die Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen brauchen endlich einen angemessenen Mieterschutz 8

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/8126

– Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt auf Antrag der Fraktion der SPD die Durchführung einer Sachverständigenanhörung.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, FDP und AfD wird der Antrag der Fraktion der SPD, je Fraktion die Einladung zwei zusätzlicher Sachverständiger zuzulassen, zugunsten nur eines Sachverständigen pro Fraktion abgelehnt.

4 Diskriminierung von Alleinerziehenden und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf dem Wohnungsmarkt entschieden bekämpfen 11

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/8127

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt eine nachrichtliche Beteiligung an der im federführenden Ausschuss durchzuführenden Sachver-

ständigenanhörung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD, die eine pflichtige Beteiligung präferiert, und bei Enthaltung der Fraktion der AfD.

- 5 Bericht zur Evaluierung des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) im landesfinanzierten Hochbau** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **12**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2322
- Wortbeiträge
- 6 Ergebnisse der öffentlichen Wohnraumförderung im Land Nordrhein-Westfalen für das Förderjahr 2023** **13**
- Vorlage 18/2292
- Wortbeiträge
- 7 Gebietskulissen: Aktualisierung zur öffentlichen Wohnraumförderung 2024** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **14**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2370
- Wortbeiträge
- 8 Ergänzende Berichterstattung zur Mündlichen Anfrage 38** (*vgl. Drucksache 18/8186 – Neudruck; Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **15**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2374
Vorlage 18/2381
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 9 Verschiedenes** **16**
- hier: **Sitzungsunterbrechung zwischen den TOPs 5 und 6; Ausschussreise**

1 Viertes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7534

Schriftliche Anhörung
des Ausschusses für Wirtschaft,
Industrie, Klimaschutz und Energie
Stellungnahmen
18/1318, 18/1321, 18/1326,
18/1335, 18/1336, 18/1340,
18/1342, 18/1345, 18/1346

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend –, an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung am 24. Januar 2024)

Jochen Ritter (CDU) und **Arndt Klocke (GRÜNE)** werben für eine Zustimmung zu dem Gesetzentwurf, welcher im Wesentlichen eine Anpassung an neues Bundesrecht darstelle. Die Änderungen betreffen beispielsweise die Klimafolgenanpassung.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der Fraktion der AfD und bei Enthaltung der Fraktion der SPD zu.

